

SPD Essen unterstützt Krankenhausentscheid

Beschluss des Unterbezirksvorstands vom 03.05.2021

Mit dem Beschluss des Unterbezirksvorstandes der SPD Essen, den Krankenhausentscheid zu unterstützen, stehen wir zu unseren Aussagen aus den vergangenen Monaten.

Eine gute und leistungsfähige Gesundheitsversorgung aller Essener*innen steht für uns im Fokus unserer täglichen Politik. Jeder Mensch in Essen muss den gleichen Zugang zu guter und vor allem wohnortnaher medizinischer Versorgung haben.

Das Verhalten der Contilia, innerhalb kürzester Zeit zwei Krankenhäuser im Essener Norden zu schließen, ohne jegliche Alternativen zu bieten, verurteilen wir aufs Schärfste. Daher ist es nur folgerichtig, dass die SPD Essen den Krankenhausentscheid unterstützt. Wir fordern mit dem Beschluss unsere Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen auf, Unterschriften für ein Bürger:innenbegehren zu sammeln.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, eine gerechte geographische Verteilung von Klinikstandorten in ganz Essen zu erreichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass einige besonders einwohnerstarke Stadtbezirke keinen wohnortnahen Zugang zu Krankenhausstrukturen haben.

Auch langfristig wird sich eine fehlende medizinische Infrastruktur im Essener Norden als klarer Standortnachteil herausstellen. Soziale Durchmischung von Stadtteilen durch Zuzug von wirtschaftlich stärkeren Bevölkerungsgruppen wird nur gelingen, wenn auch die äußeren Rahmenbedingungen wie öffentliche Infrastruktur stimmen, dazu gehört eine Krankenhausstruktur ebenso wie moderne Bildungseinrichtungen und ein attraktiver ÖPNV. Gerade deshalb ist für uns eine zielgerichtete und verstärkte Beteiligung der öffentlichen Hand an medizinischer Versorgung elementar.

Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge!

Kurzfristig wird die SPD Essen gemeinsam mit den politischen Entscheidungsträger*innen der Ratsfraktion und Bezirksvertretungen dafür kämpfen, die strukturelle Unterversorgung in einigen Stadtteilen u.a. bei der Fachärzteversorgung zu verbessern. Hierzu haben wir bereits die Stadtverwaltung per Ratsbeschluss aufgefordert, gemeinsame Lösungen mit kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen und anderen Akteuren zu suchen, um diese Situation zu verbessern. Auch im präventiven Bereich müssen wir Angebote bündeln und besser zugänglich machen. Die Etablierung von innovativen Gesundheitszentren (sog. „Gesundheitskioske“) in den Bezirken V und VI begrüßen wir daher ausdrücklich. Wir stellen aber auch noch einmal klar, dass solche präventiven Angebote kein Klinikersatz sind. Sie werden nur funktionieren, wenn gleichzeitig die Fachärzteversorgung vor Ort deutlich verbessert wird.

Uns Allen ist klar, dass wir eine neue zentrale Klinik im Essener Norden nicht auf die Schnelle aus dem Boden stampfen können. Daher wollen wir mittelfristig neue Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in den Bezirken V und VI etablieren. Diese MVZ sollen aber über das Angebot klassischer Ärztehäuser deutlich hinaus gehen. Es muss dort auch eine signifikante Anzahl an Betten für eine teilstationäre Aufnahme sowie kurzzeitige Krankenhausaufenthalte geben. Es müssen an diesen MVZ auch zusätzliche Fachärzte angesiedelt werden ohne bestehende Strukturen in den Stadtteilen zu gefährden. Auch für die Etablierung und den Betrieb solcher MVZ fordern wir ausdrücklich eine Beteiligung der öffentlichen Hand. Diese mittelfristigen Zielsetzungen konnten durch unseren beständigen politischen Druck in Öffentlichkeit, Rat und Bezirksvertretungen ebenfalls bereits mit breiter Mehrheit im Rat der Stadt Essen beschlossen werden. Dies war ein erster wichtiger Schritt, doch der Weg zur Wiederherstellung der Gesundheitsversorgung im Essener Norden bleibt lang. Als Sozialdemokratie in Essen sind wir fest entschlossen, ihn zu gehen und zu gestalten.